

Städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend			27. Sitzungsprotokoll
18. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2011 - 2015
Sitzungstag: 11.09.2014	Sitzungsbeginn: 17:10 Uhr	Sitzungsende: 18:50 Uhr	Sitzungsort: Bremische Bürgerschaft, Am Markt 20, 28195 Bremen
Teilnehmer / innen: siehe anliegende Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Frau Senatorin Stahmann			

**Folgende Tagesordnung wird genehmigt:**

1. Protokoll über die Sitzung am 03.07.2014
2. Einrichtung eines Projektes „Förderungsmanagement und -realisierung“ bei der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen  
**(Vorlage Nr. 189/14)**
3. Sanierungsgebiet Huckelriede / Sielhof, Bremen-Neustadt  
Revitalisierung einer Stadtbranche für den Ausbau eines gemeinnützigen Quartierszentrums  
**(Vorlage Nr. 188/14)**
4. Zentrale Fachstelle Wohnen des Amtes für Soziale Dienste  
**(Vorlage Nr. 190/14)**
5. Konzept zur Erhöhung des Anteils von Kindern mit Migrationshintergrund im Elementarbereich – insbesondere im U3-Bereich „Überwindung von Hürden beim Zugang zu Kindertageseinrichtungen und Angeboten der frühkindlichen Bildung“  
**(Vorlage Nr. 183a/14)** (Aktualisierte Fassung der in der Sitzung am 03.07.14 ausgesetzten Vorlage Nr.183/14)
6. Jahresbericht des Rechnungshofes 2013  
hier: Bericht der Verwaltung über eingeleitete Maßnahmen zur Verbesserung des Controllings der Hilfe zur Erziehung, zum Abbau von Bearbeitungsrückständen in den Hilfen zur Erziehung und zur Verbesserung der Einnahmemöglichkeiten  
**(Vorlage Nr. 192/14)**
7. Landesrechnungshofbericht 2013 – Leistungsvergleich der Sozialzentren am Beispiel der Hilfe zum Lebensunterhalt – Berichterstattung zur Ursachenforschung und zu Maßnahmen  
**(Vorlage Nr. 193/14)**
8. Vorläufige Bilanz der Joboffensive des Jobcenters Bremen - Vorschlag für die Fortführung einer intensivierten Arbeitsvermittlung  
**(Vorlage Nr. 194/14)**
9. Nachbenennung von einem Delegierten für die Seniorenvertretung in der Stadtgemeinde Bremen für die 11. Amtsperiode  
**(Vorlage Nr. 191/14)**
10. Verschiedenes

- a) Auskunft- und Beschwerdemanagement der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen (**Mündlicher Bericht**)
- b) Berichterstattung Übergriff in der Kita Rasselbande in Vegesack (**Mündlicher Bericht**)

**TOP 1: Protokoll über die Sitzung am 03.07.2014**

**Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend genehmigt das Protokoll über die Sitzung am 03.07.2014.

**TOP 2: Einrichtung eines Projektes „Forderungsmanagement und -realisierung“ bei der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen (Vorlage Nr. 189/14)**

Auf die Ausführungen zu TOP 2 der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend am 11.09.2014 wird verwiesen.

Die Deputation fasst gegen die Stimmen der Fraktion der CDU folgenden ergänzten

**Beschluss**

1. Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend stimmt der Einrichtung einer Stelle der Entgeltgruppe 13 TV-L sowie zwei Stellen der Entgeltgruppe 9 TV-L bzw. A 9 und zwei Stellen der Entgeltgruppe 10 TV-L bzw. A 10 für das Projekt „Forderungsmanagement und -realisierung“ zu. Die fünf Stellen werden refinanziert und befristet eingerichtet.
2. Sie bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen (siehe dazu auch die Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der Haushalte 2014, S. 14 oben) zur Einrichtung und Finanzierung der Stellen zu schaffen.
3. Sie bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen um einen Abschlussbericht nach Ablauf der beiden Projektjahre und um einen Zwischenbericht nach einem Jahr.

**TOP 3: Sanierungsgebiet Huckelriede / Sielhof, Bremen-Neustadt  
Revitalisierung einer Stadtbranche für den Ausbau eines gemeinnützigen  
Quartierszentrums (Vorlage Nr. 188/14)**

Frau Senatorin Stahmann weist darauf hin, dass auf Seite 5, 2. Absatz der Vorlage und auf Seite 10 der Anlage der Satz „Die für eine solche Investition erforderlichen Finanzmittel von rd. 2 Mio. Euro sind in der Haushaltsplanung bisher nicht eingestellt; eine Finanzierung innerhalb des jetzt angestrebten Realisierungs- und Förderzeitraums wäre daher nicht gesichert“ gestrichen wird.

**Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt die Entwurfsplanung zur Kenntnis. Sie stimmt der Planung und Finanzierung des Quartierszentrums in Huckelriede zu und bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen die für die weitere Umsetzung erforderlichen Schritte in die Wege zu leiten.

**TOP 4: Zentrale Fachstelle Wohnen des Amtes für Soziale Dienste  
(Vorlage Nr. 190/14)**

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein und beantwortet Nachfragen der Deputierten.

### Beschluss

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt Kenntnis.

**TOP 5: Konzept zur Erhöhung des Anteils von Kindern mit Migrationshintergrund im Elementarbereich – insbesondere im U3-Bereich „Überwindung von Hürden beim Zugang zu Kindertageseinrichtungen und Angeboten der frühkindlichen Bildung“  
(Vorlage Nr. 183a/14) (Aktualisierte Fassung der in der Sitzung am 03.07.14 ausgesetzten Vorlage Nr.183/14)**

Frau Senatorin Stahmann führt in die bereits im Jugendhilfeausschuss ausführlich diskutierte Vorlage ein. Die gewünschten Änderungen sind eingearbeitet worden. Sie weist darauf hin, dass im Beschlussvorschlag eine Änderung vorgenommen wurde.

Die Deputation fasst bei Enthaltung der Fraktion der CDU folgenden, ergänzten

### Beschluss

1. Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt das vorliegende Handlungskonzept „Überwindung von Hürden beim Zugang zu Kindertageseinrichtungen und Angeboten der frühkindlichen Bildung“ zur Kenntnis und begrüßt die Zielsetzung, den Anteil der Kinder und ihrer Eltern in den benannten Ortsteilen/Stadtteilen in der Kindertagesbetreuung und Angeboten der frühkindlichen Bildung und der Elternbildung zu erhöhen.
2. Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend erkennt in dem vorliegenden Konzept einen wichtigen Beitrag zum Ziel des Senats der Stärkung des sozialen Zusammenhaltes in Bremen. Sie hält die vorgesehenen ortsteilbezogenen Aktivitäten für die Erreichung der Zielsetzung für geeignet. Sie erachtet die Einbeziehung der Träger von Kindertageseinrichtungen, Migrantenorganisationen, Stadtteileinrichtungen u.a. bei der Planung und Umsetzung von orts- und stadtteilbezogenen Aktivitäten als besonders wichtig.
3. Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend bekräftigt den im Konzept dargelegten Zusammenhang dieser Zielsetzung mit dem im dritten Quartal 2014 vorzulegenden Konzept für den sozialraumorientierten Ausbau der U3-Betreuung (vgl. Beschluss der Bremischen Bürgerschaft „Alle Kinder mitnehmen: sozialraumorientierter Ausbau der U3-Betreuung“ - Drucksache 18/421 S). Sie verknüpft damit die Erwartung, dass durch eine Ausweitung von Plätzen in den genannten Stadtteilen die Nachfrage in den Ortsteilen steigt.
4. Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen die aus der Umsetzung des Konzeptes entstehenden Finanzbedarfe ab 2015 zusätzlich einzuwerben.
5. Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend erbittet eine regelmäßige Berichterstattung zum Verlauf und den Ergebnissen bei der Umsetzung des Projektes „Überwindung von Hürden beim Zugang zu Kindertageseinrichtungen und Angeboten der frühkindliche Bildung“.

**TOP 6: Jahresbericht des Rechnungshofes 2013**

**hier: Bericht der Verwaltung über eingeleitete Maßnahmen zur Verbesserung des Controllings der Hilfe zur Erziehung, zum Abbau von Bearbeitungsrückständen in den Hilfen zur Erziehung und zur Verbesserung der Einnahmemöglichkeiten (Vorlage Nr. 192/14)**

**Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**TOP 7: Landesrechnungshofbericht 2013 – Leistungsvergleich der Sozialzentren am Beispiel der Hilfe zum Lebensunterhalt – Berichterstattung zur Ursachenforschung und zu Maßnahmen (Vorlage Nr. 193/14)**

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein.

Herr Schröter (Soz. erf. Dritter) bittet darum, dass Träger Verbesserungsvorschläge vorlegen dürfen.

Die Verwaltung sagt zu, dass diese bei Vorlage geprüft werden.

**Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**TOP 8: Vorläufige Bilanz der Joboffensive des Jobcenters Bremen - Vorschlag für die Fortführung einer intensivierten Arbeitsvermittlung (Vorlage Nr. 194/14)**

Nach Einführung der Verwaltung in die Vorlage wird diese kontrovers diskutiert.

Die Joboffensive sei besser geworden, liege jedoch noch immer hinter den ursprünglichen Zielen zurück.

Die Deputation kritisiert, dass entgegen ihrer Beschlüsse ein angeforderter Bericht zu diesem Zeitpunkt nicht vorgelegt wurde.

Herr Westkamp (Geschäftsführer des Jobcenters Bremen) stellt die Arbeit des Jobcenters dar.

Frau Wendland (Bündnis 90/Die Grünen) bittet unter 1. Des Beschlussvorschlages um folgende Ergänzung:

*„Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend erwartet, dass das Jobcenter die Anstrengungen zur Integration auch von „nicht-arbeitsmarktnahen“ Langzeitleistungsbeziehern im Rahmen der Joboffensive verstärkt und im weiteren Verlauf das Element der Freiwilligkeit für die arbeitssuchenden Menschen gestärkt wird.*

*Darüber hinaus erwartet die Deputation einen detaillierten qualifizierten Bericht über die erreichten Vermittlungen der Jahre 2013 und 2014 bis spätestens zum 30.06.2015.“*

Die Deputation fasst bei Enthaltung der Fraktion der CDU zum 1. Absatz der Ergänzung folgenden

**Beschluss**

1. Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt von der Vorlage Kenntnis und stimmt der unter B.5 vorgeschlagenen teilweisen Verstetigung einer intensivierten Arbeitsvermittlung für arbeitsmarktnähere SGB II- Leistungsberechtigte zu. Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend bittet die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen, alle ggf. notwendigen haushaltsmäßigen Voraussetzungen zu schaffen.

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend erwartet, dass das Jobcenter die Anstrengungen zur Integration auch von „nicht-arbeitsmarktnahen“ Langzeitleistungsbeziehern im Rahmen der Joboffensive verstärkt und im weiteren Verlauf das Element der Freiwilligkeit für die arbeitssuchenden Menschen gestärkt wird. Darüber hinaus erwartet die Deputation einen detaillierten qualifizierten Bericht über die erreichten Vermittlungen der Jahre 2013 und 2014 bis spätestens zum 30.06.2015.

2. Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen sowie die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend bitten den Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Vorlage der Senatorin für Finanzen mit der Bitte zuzuleiten, sie zur Befassung an den Haushalts- und Finanzausschuss weiterzuleiten.

**TOP 9: Nachbenennung von einem Delegierten für die Seniorenvertretung in der Stadtgemeinde Bremen für die 11. Amtsperiode (Vorlage Nr. 191/14)**

**Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend benennt Herrn Prigge zum 01.10.14 als Delegierten der Seniorenvertretung in der Stadtgemeinde Bremen.

**TOP 10: Verschiedenes**

**a) Auskunfts- und Beschwerdemanagement der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen (Mündlicher Bericht)**

Auf die Ausführungen zu TOP 4a der Sitzung der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend am 11.09.2014 wird verwiesen.

**Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den mündlichen Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**b) Berichterstattung Übergriff in der Kita Rasselbande in Vegesack (Mündlicher Bericht)**

Die Verwaltung berichtet über den aktuellen Sachstand.

Frau Ahrens (Fraktion der CDU) bittet in Kurzform darzustellen, welche Vorkommnisse meldepflichtig sind.

Die Verwaltung sagt zu, ein entsprechendes Informationsschreiben an die Einrichtungen als Anlage dem Protokoll beizufügen.

**Hinweis der Verwaltung:** Das Informationsschreiben ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

**Beschluss**

Die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend nimmt den mündlichen Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**c) Regelung für Heimfahrten von Menschen mit Behinderungen**

Frau Schmidtke (Fraktion der SPD) bitte um Klärung der Frage, wie die Regelung für Heimfahrten von Menschen mit Beeinträchtigungen auszulegen ist.

---

Vorsitzende

---

Sprecher

---

Protokollführerin

**Anlage**